VR-07 (V-103)-162-5 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 161 bis 162 einfügen:
nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden
und werden können. Um in unserer Außen- und Friedenspolitik glaubwürdig zu bleiben, müssen wir die afghanischen Ortskräfte (u. a. Unterstützer*innen und Mitarbeiter*innen der Bundeswehr als Übersetzer, Wachpersonal), die eine Aufnahmezusage von der Bundesregierung haben, im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan umgehend in Deutschland aufnehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Zusage und das Versprechen auf Aufnahme der afghanischen Ortskräfte einzuhalten. Wir erwarten das Deutschland sein Versprechen, monatlich 1000 Menschen aufzunehmen endlich einhält und die notwendigen Mittel dafür bereit stellt, um die sichere Ankunft der Ortskräfte in Deutschland zu gewährleisten, Für Ortskräfte, die nach Pakistan, Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen von den deutschen Botschaften humanitäre Visa unbürokratisch erteilt werden.

Begründung

Die geplante Aufnahme der Ortskräfte der Bundeswehr muss sofort realisiert werden. Die Menschen sitzen auf gepackten Koffern irgendwo in Afghanistan, Pakistan, Iran oder der Türkei, weil sie Angst vor Verfolgung und Tod haben durch das Terrorregime der Taliban. Die Bundesregierung hat den Ortskräften, die ihr Leben für die Unterstützung der Bundeswehr einsetzten, zugesagt, dass sie eine Zukunft in Deutschland haben werden. Nancy Faeser wollte das Aufnahmeprogramm 2025 beenden.[1] Die abschließende Bearbeitung von bereits ausgewählten Anträgen durch die zuständigen Stellen ist seit Juli 2024 unterbrochen. Es muss sofort wieder aufgenommen werden.[2]

[1]https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/afghanistan-bundesaufnahmeprogramm-102.html

[2 https://www.rescue.org/de/pressemitteilung/zwei-jahre-bundesaufnahmeprogramm-afghanistan

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Andreas Müller (KV Essen); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hans-Joachim Janßen (KV Wesermarsch); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Sabine Schwöbel-Lehmann (KV Darmstadt-Dieburg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Matthias Striebich (KV Forchheim); Roland Appel (KV Bonn); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.